

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K., Geschäftsstelle und Redaktionsbüro: Hübnerstraße 1, Fernruf: 17 233, Geschäftsstelle: Dresden 18 690, Druckerei: Druckerei 18-18, alle Sprechstunden, Mittwochs 17-18 Uhr, Sonntags 18-19 Uhr, alle Sprechstunden, Mittwochs 17-18 Uhr, Sonntags 18-19 Uhr, alle Sprechstunden

7. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 27. August 1931 Nummer 152

## Die Antwort auf den Lohnraub:

# Ausdehnung der Gemeindearbeiterstreiks!

## Wachsender Streikwille in Dresdner Betrieben

Arbeitsniederlegungen in Düsseldorf, Duisburg, Großenhain

Düsseldorf, 26. August (Fig. Meld.)

Die heute von der KPD einberufene, überfüllte Versammlung der Gemeindearbeiter von Düsseldorf beschloß einstimmig den Streik für morgen früh. Im ganzen Bezirk Niederrhein fanden heute gewaltige Demonstrationen und Kundgebungen gegen Notverordnungen und Lohnraub an den Gemeindearbeitern statt. In Düsseldorf war die Kundgebung von etwa 8000 Arbeitern besucht, in Remscheid von über 2000. In Hagen war die Demonstration verboten, trotzdem kam es zu mehreren spontanen Demonstrationen. Der Kundgebung in München-Gladbach wohnten über 1000 Arbeiter bei.

Duisburg, 26. Aug. (Fig. Meldung.)

Entgegen den bürgerlichen Täuschungen, wonach in Duisburg nur 40 Kommunisten gestreikt haben sollen, wird mitgeteilt, daß auf der Hauptstraße des Ruhrparks die Belegschaft geschlossen im Streik steht. Die kämpfenden Arbeiter hatten die Arbeit wieder aufgenommen, um sie aber dann ein zweitesmal niederkulegen und aufs neue in den Streik zu treten.

In Bochum sind am 26. August die Arbeiter des Hochbauamtes in einen einstündigen Proteststreik getreten. In Gelsenkirchen fand heute ebenfalls eine Vollbelegschaftsversammlung der Belegschaftsmitglieder statt, die sich noch im Streik befinden und ihre Solidarität mit den Gemeindearbeitern erneut zum Ausdruck bringen. Die Versammlung beschloß sofortige Streikfortsetzung und stellte ein Programm mit den Forderungen der Belegschaftsmitglieder auf.

Die Belegschaft der hüttenmäßigen Gas- und Wasserwerke in Essen hat auf Vorschlag der Streikleitung und des Arbeiterrates beschlossen, den Streik abzubrechen. In einer Entschließung wird die betrübliche Politik der Gewerkschaftsbünde angeprangert. Die Bünde haben gemeinsam mit dem Zentrums-Parteimitglied Pracht Voten für Arbeitswillige ausgesprochen. Die Gewerkschaftsbünde vereinbarten mit dem Oberbürgermeister gemeinsam die frivole Entlassung aller Streikenden. Die streikenden Gas- und Wasserwerksarbeiter haben erklärt, daß sie ungeduldeten Mutes in die Betriebe zurückkehren und sich ihren eigenen roten Arbeiterverband bauen und seine Durchsetzung durchsetzen werden.

Die Großenhainer Gemeindearbeiter sind am Dienstag unter Führung der KPD in den Streik getreten.

Trotz der wütendsten Hege der Gesamtverbandbürokratie lehnt sich die Streikbewegung der Gemeindearbeiter aus. Die SPD-Fraktion schildert die Lage so, als hätten sich die Arbeiter mit der ungeschicklichen Verwaltung, die für Sachsen ein glattes Tarifbuch ist, abgefunden. Der Tarif läuft in Sachsen im Wirklichen bis 30. September, aber schon jetzt soll der Lohn gekürzt werden. Dabei besteht der Arbeitgeberverband auf die volle Kürzung auch der Frauenzulage. Die Volkszeitung magt zu schreiben, der Reichsarbeitsminister müsse „nach dem Rechten leben“, um Diskussionen bei den Gemeindearbeitern zu nähern. Solchen haben die Gesamtverbandsbünde von früh bis spät abends verhandelt und der Arbeitgeberverband bleibt bei dem selben Abbau bestehen. Am Montag sollen nachmalige Verhandlungen stattfinden, lediglich, um die Arbeiter weiter zu verunsichern in der Hoffnung, daß die bahnen der Kampfwille gelassen sei.

Aber die Bünde säulen sich, die Streikstimmung der Gemeindearbeiter wächst. Der Kampfwille kommt in allen Belegschaften zum Ausdruck, die jetzt vorliegen. So beschloßen die Arbeiter der Autowerkstatt einmütig:

„Die Belegschaft der Autowerkstatt Schandauer Straße protestiert entschieden gegen die frivole Entlassung der Kollegen Bruner, Wade und Göge und sieht in dieser Maßnahme der Direktion eine freche Provokation der gesamten Straßenbahner Dresden. Die berechnete Empörung der Gemeindearbeiter über

## Riesenblamage der Schießgasse

Nach der letzten großen Politaktion in Dresden wurde ausposaunt, man habe eine Tafel mit Aufzeichnungen gefunden, wie die Kommunisten im Bürgerkrieg gegen die Polizei vorgehen. Das getriggerte Nachrichten erzählt nun, daß die Bürgerkriegstafel nicht den Kommunisten, sondern der SPD gehöre und fragt, warum Herr Wittenbauer darüber schweigt. In Wirklichkeit handelt es sich vielmehr um eine große Blamage des Polizeipräsidenten in der Schießgasse und zwar:

(Arbeiterkorrespondenz 1717)

Die von der Polizei im Restaurant „Zur Eiche“ in Striesen beschlagnahmte Wandtafel, der angebliche Aufstandsplan der roten Hundertschützen, wurde von der Polizei heimlich zurückgebracht. Die Tafel enthält nämlich eine Zeichnung von Straßenplan, auf der der Arbeiterverband „Solidarität“ das Verhalten laut Verkehrsordnung lehrt.

Kommentar überflüssig! Gelächter nicht überflüssig!

## „Wir klagen die verräterischen Gewerkschaftsführer an“

Aufruf oppositioneller Mitglieder reformistischer und christlicher Verbände

Eine große Zahl oppositioneller Mitglieder der reformistischen christlichen und kirchlich-darwinistischen Gewerkschaften aus dem Ruhrgebiet hat einen Aufruf an alle gewerkschaftlich organisierten Kollegen erlassen, in dem die Verbandsführer wegen ihres verräterischen Politik angeklagt werden. Zugleich wird zu einem Kongreß gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in Gelsenkirchen für den 13. September, acht Tage nach Beendigung des ADGB-Kongresses, aufgerufen.

Nach einer Darstellung der Situation in Deutschland und der Lage der Arbeiter heißt es im Aufruf:

„Wir unterzeichneten Mitglieder der freien, christlichen und kirchlich-darwinistischen Gewerkschaften klagen die Führer unserer Organisationen an:

Erst durch eure Hilfe wurden Rentenraub und Unterhaltungsabbau perfert.

Ihr habt dem verbrecherischen Lohnraub in Nordwest zugestimmt.

Ihr führt keinen Kampf gegen die Massenentlassungen, kapitalistische Rationalisierung und Unterbrezel.

Ihr habt den Kurs der Regierung Kautzinger nicht nur gebilligt, sondern unsere Organisation als die letzten Stützen der heutigen Ausbeuterregierung ausgebaut.

Ihr habt durch Massenaustritte und Spaltungen unsere Organisationen der besten kämpfenden Kollegen beraubt.

Die Politik und Taktik in den reformistischen, christlichen und kirchlich-darwinistischen Organisationen ist die gleiche. Ihr habt das gemeinsame Ziel, Aufrechterhaltung der heutigen Profitwirtschaft, die so unlagbares Elend gebracht hat, währenddessen in der Sowjetunion die arbeitenden Massen unanfechtbar am Aufbau des Sozialismus arbeiten, keine Arbeitslosigkeit haben, den Reallohn ständig erhöhen und eine wahrhaft aufbauende proletarische Kulturpolitik durchführen.

Am 31. August tritt in Frankfurt a. M. der 14. ADGB-Kongreß zusammen. Auf diesem Kongreß wird, das sagen wir

## Nur Gehaltsdrittel am 1. September

Und der Rest? „Die Entwicklung der Kassenlage... hierfür maßgebend...“

Dresden, den 27. August.

Die Nachrichtenstelle der Staatsanleihe teilt mit: „Infolge der überaus gespannten Kassenlage können die höchsten Beamtengehälter für September am ersten des Monats zunächst nur in Höhe eines Drittels des Monatsbetrages ausgezahlt werden. Dasselbe gilt für diejenigen Bezüge von Belegschaftsmitgliedern, die halbmonatlich gezahlt werden. Die Verlorenzungsbezüge der Beamten und Beamtenhinterbliebenen und die Augustbezüge von Belegschaftsmitgliedern, die monatlich nachträglich zu zahlen sind, werden am gleichen Tage vorläufig zur Hälfte gezahlt. Ueber die Zahlung des weiteren Tei-

les der Bezüge liegen Anordnungen noch nicht vor; die Entwicklung der Kassenlage wird hierfür maßgebend bleiben.“

Die Beunruhigung der Beamten über diese Detonanzahlung der Gehälter ist gewaltig. Aber sie wird verstärkt besonders durch den letzten Satz. Was soll mit dieser Formulierung: „Ueber die Zahlung des weiteren Teiles... liegen Anordnungen noch nicht vor“, zum Ausdruck gebracht werden? Man kann daraus entnehmen, daß die Bezüge in noch kleineren Raten bezogen werden sollen, aber auch, daß die weitere Zahlung teilweise überhaupt in Frage gestellt ist. Heraus mit der Sprache!

## Die Arbeiter schließen Macdonald aus

Der Heuchler Henderson entlarvt sich / Die Volkszeitung für die Regierung der Bankiers

Die proletarischen Mitglieder der Delegierten Kampfabteilung der Arbeiterpartei, der Macdonald als Mitglied angehört, haben ihn gestern Abend ausgeschlossen. Die Exekutive der Arbeiterpartei jedoch hat sich die Entscheidung über die „Rechtmäßigkeit“ dieses Beschlusses vorbehalten.

Gestern Nachmittag trat eine gemeinsame Konferenz von Vertretern des Generalkollegiums der Gewerkschaften, der Exekutive der Arbeiterpartei und der Unterhausfraktion derselben, zusammen, um über die Haltung ihrer Organisationen gegenüber der Regierung Macdonald-Baldwin Beschluß zu fassen. Macdonald, Snowden und Thomas waren nicht anwesend. Die Konferenz beschloß, nicht einfach eine negative Haltung dieser Regierung gegenüber einzunehmen, sondern im Kampf gegen diese Regierung durch eigene „konstruktive“ Vorschläge bei der Lösung der Krise mitzuwirken. Die Konferenz empfahl ferner der Unterhausfraktion, sich als offizielle parlamentarische Opposition zu konstituieren. Die Frage des Ausschlusses Macdonald und seiner sozialdemokratischen Ministerkollegen stand überhaupt

nicht zur Diskussion. Daß es sich bei Henderson und den anderen ausgetretenen Kabinettsmitgliedern nur um eine Scheinopposition handelt, wird durch ihr vollständiges Stillschweigen zur gegenwärtigen Situation bewiesen, durch das sie der nationalen Regierung einen großen Dienst leisten. Das gleiche gilt vom Generalkollegium des christlichen Gewerkschaftskongresses.

Das Organ der Arbeiterpartei, der Daily Herald, vom 26. August schreibt, der Stimmung der Mitglieder Rechnung tragend, über die neue Regierung Macdonald-Baldwin:

„Das ist keine Regierung des Volkes, das ist eine Regierung der Bankiers.“

Die Dresdner Volkszeitung aber stellt sich hinter Macdonald und billigt die Bildung dieser Regierung der Bankiers.